

Inhaltlicher Antrag 1 – Leitantrag des Vorstandes

für die Landesdelegiertenversammlung des BUND Sachsen e.V.

am 17. März 2018 in Freiberg

um 10:00 Uhr bzw. 10:15 Uhr

eingereicht vom: Landesvorstand

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen

Für eine nachhaltige, klima- und naturschutzfreundliche Landwirtschaft mit geschlossenen Stoffkreisläufen und weniger tierischen Nahrungsmitteln

Die Landwirtschaft ist die Basis unserer Ernährung und auf vielfältigste Weise mit unserer Kulturgeschichte verwoben. Die Art, wie Landwirtschaft heute größtenteils betrieben wird, ist aber auch zentral verknüpft mit den wichtigsten Umweltproblemen unserer Zeit. Die Auswirkungen der Landwirtschaft auf Klima, Ökosysteme, Biodiversität, Böden, Wasser, Stickstoff- und Phosphorkreisläufe sind dabei besonders mit Produktion und Konsum einer ungeheuren Menge an tierischen Nahrungsmitteln verbunden. Denn rund vier Fünftel der weltweit agrarisch genutzten Fläche werden für die Produktion tierischer Nahrungsmittel eingesetzt (was neben den Weideflächen zentral an den hohen Kalorienverlusten bei der Umwandlung von pflanzlicher in tierische Nahrung liegt). Aber auch sonst geht von Faktoren wie dem Energiepflanzenanbau, der Kosmetika-Herstellung und der wachsenden Weltbevölkerung und ihren – am Westen ausgerichteten – Wohlstandswünschen ein steigender Nutzungsdruck auf agrarische Flächen aus.

Der BUND tritt für eine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik ein, die auf Nachhaltigkeit und damit auch auf langfristige und globale Tragfähigkeit und insbesondere auf Beachtung der planetaren Grenzen hin ausgerichtet ist. Das vom BUND maßgeblich mit erkämpfte globale 1,5-Grad-Klimaziel verlangt nach den IPCC-Daten, dass weltweit in allen Sektoren, also auch in der Landwirtschaft, in rund einem Jahrzehnt die Emissionen und damit auch der fossile Brennstoffeinsatz auf null sinken (für die in Art. 2 Abs. 1 Paris-Abkommen neben den 1,5 Grad noch genannten „deutlich unter“ 2 Grad wären es etwa zwei Jahrzehnte). Die Landwirtschaft muss damit zeitnah ohne fossil basierten Mineraldünger auskommen, was vielerlei Herausforderungen birgt; die dadurch denkbaren (wiewohl umstrittenen) geringeren Erträge steigern jedenfalls die Notwendigkeit, den tierischen Nahrungsmittelkonsum und damit die Umwandlungsverluste von pflanzlichen in tierische Nahrungsmittel zu verringern. Ein konsequenter und zeitnaher fossiler Ausstieg leistet zugleich einen wesentlichen Beitrag, die Stickstoffkreisläufe zu schließen, Gewässer und Grundwasser zu entlasten, giftige und krebserregende Luftschadstoffe zu reduzieren und die Biodiversität zu schonen.

In puncto Biodiversität verlangt schon die internationale Biodiversitätskonvention einen Stopp des Arten- und Ökosystemverlusts. Dies ist nur möglich, wenn der Natur – auch jenseits von Schutzgebieten – mehr Raum gegeben wird. Wenn die tierische Nahrungsmittelproduktion rund vier Fünftel der Flächen beansprucht, liegt dort das größte Potenzial dafür. Da tierische Nahrungsmittel bislang weit überproportional in den Industriestaaten – und in den Oberschichten der Schwellenländer – verzehrt werden, hat die Verbrauchsreduktion und die gleichmäßigere Verteilung der Tiere hierzulande zentrale Bedeutung, nicht zuletzt im Interesse geschlossener Stoffkreisläufe. Biodiversität auf dem Acker ist außerdem das Ergebnis aus einer Vielzahl von auf kurzen Distanzen wechselnden Standortbedingungen und einer Vielzahl von angebauten oder vorhandenen Kulturen (inklusive Fruchtfolge) sowie wirtschaftlich mehr oder weniger unbearbeiteten Landschaftselementen. In Sachsen wird die Ackerfläche demgegenüber von wenigen Fruchtarten (Weizen, Mais, Raps) dominiert; brach liegende Flächen finden sich nur noch wenige.

Eine besonders problematische Rolle etwa für Biodiversitätsverluste spielen auch industrielle Pflanzenschutzmittel und Biozide, deren Nutzung deshalb mittelfristig weitgehend reduziert werden muss. Das Insektensterben ist ungeachtet seiner Ursachenvielfalt ein aktuell besonders diskutiertes Beispiel. Die Ergebnisse der aktuellen Roten Listen der gefährdeten Biotoptypen Sachsens und Deutschlands decken sich hier mit Befunden beispielsweise des Bundesamts für Naturschutz. Davon abgesehen sind viele Pestizide auch für Menschen potenziell direkt gesundheitsschädlich. Gleiches gilt für Luftschadstoffe, deren Auftreten mittelbar dem Einsatz fossiler Brennstoffe – auch – in der Landwirtschaft geschuldet ist (etwa bei der Stickstoffdüngung).

Auch wenn die wesentlichen politischen Maßnahmen auf EU- und Bundesebene angegangen werden müssen, können negative Einflüsse auf Biodiversität, Böden, Wasser, Luft und das Klima auch auf Landesebene wirksam aufgegriffen werden. Ferner kann die Landesregierung durch Bundesratsinitiativen Vorschläge für die Bundesebene und mittelbar für die EU-Ebene unterbreiten.

Der BUND Sachsen wird die folgenden Forderungen tatkräftig haupt- und ehrenamtlich unterstützen. Dazu nutzt er die Aktivierung seiner ehrenamtlichen Mitglieder zur Mitarbeit in Aktionen und bei Projekten, seine planungsbegleitende und politische Arbeit in Gremien und Verfahrensbeteiligungen, das Einwerben von Drittmitteln vorrangig mit positiven Auswirkungen für eine klima- und biodiversitätserhaltene Landwirtschaft sowie eine gezielte Pressearbeit. Wir fordern insbesondere:

1. **Glyphosat und Neonicotinoide müssen kurzfristig und alle anderen industriellen Pestizide innerhalb von 20 Jahren vom Acker verschwinden.** Neben Biodiversitätsverlusten – Beispiel Insektensterben – sprechen dafür auch krebserregende und toxische Wirkungen der Pflanzenschutzmittel. Sofern dies nicht auf Bundesebene durchgesetzt wird, ist ein Handeln auf Landesebene geboten; insbesondere auch auf den ökologischen Vorrangflächen im Rahmen des Greenings der 1. Säule der EU-Agrarsubventionen.
2. **Die Landwirtschaft in Sachsen muss gentechnikfrei bleiben,** notfalls durch entsprechende landesrechtliche Maßnahmen. Auch dies verhindert, dass vermeintlich resistente Pflanzen wie eine Einladung zum verstärkten Pestizideinsatz wirken.
3. **Europäische und internationale Umweltziele sind konsequent einzuhalten.** Sachsen muss sich in EU und Bund für einen Vollausstieg aus den fossilen Brennstoffen – auch beim Dünger – und für eine drastische Rückführung der Tierhaltungsemissionen einsetzen. Geschieht dies beispielsweise im Rahmen des EU-Emissionshandels, müsste dessen Mengengrenzung (Cap) orientiert an Art. 2 Abs. 1 Paris-Abkommen auf null in ein bis zwei Jahrzehnten gesetzt werden (unter Streichung aller Altzertifikate).
4. **Der Ökolandbau muss raus aus der Nische,** etwa durch deutlich höhere Fördersätze oder auch die Vergabe von Pachtflächen des Freistaates größtenteils an ökologisch wirtschaftende Betriebe. Die im Ökolandbau praktizierte bodengebundene Tierhaltung ist wichtig, um Stoffkreisläufe zu schließen, organische Dünger zu verwerten, regionales Futter anzubauen und regionale Futtergrundlagen wie natürliches Grünland zu nutzen sowie den Tieren Auslauf zu gewähren. Auch und gerade für die schrittweise flächendeckende Etablierung des Ökolandbaus, der mit seinem Humusaufbau auch als Kohlenstoffspeicher hilfreich, bleibt das zentrale Instrument indes der erwähnte Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und damit z.B. auch aus der mineralischen Stickstoffdüngung.
5. **Wir brauchen einen besseren Schutz und eine Stärkung der Kohlenstoffspeicher.** Ohne verstärkte Treibhausgasbindung sind selbst bei veränderter Ernährung Nullemissionen entsprechend dem Paris-Abkommen unmöglich. Wir fordern ordnungsrechtliche Regelungen für einen weitgehenden Verzicht auf die weitere Bewirtschaftung, insbesondere Trockenlegung von Mooren für den Torfabbau oder zur Gewinnung von landwirtschaftlicher Nutzfläche. Alternativen zur Torfnutzung aus Mooren wie beispielsweise Kompost oder eigens extensiv angebautes Torfmoos sollten besser verbreitet werden.
6. **Die Energiewende muss sich auf eine Etablierung von Wind, Sonne, Effizienz und Suffizienz konzentrieren.** Die Bioenergie muss größtenteils auf Reststoffverwertung begrenzt werden. Maß-

nahmen, die als Anreiz zugunsten der Bioenergie wirken, sollten deutlich in Richtung Reststoffverwertung umgesteuert werden.

7. **Sachsen soll sich bei der Reform der EU-Agrarsubventionen 2020 dafür stark machen, dass öffentliches Geld nur noch für öffentliche (etwa Öko-)Leistungen fließt, die deutlich über dem Standard liegen.** Schon heute fordern wir die konsequente Nutzung aller Spielräume in der (europarechtlich überformten) Agrarförderung und Neuausrichtung auf eine alleinige Honorierung einer eindeutig umwelt-, klima- und ressourcenschonenden Betriebsweise. Wichtig ist ferner eine Verschärfung der Grundanforderungen an die Landwirtschaft. Die Flächenstilllegung muss wieder substantziell gefördert werden.
8. **Für unsere Agrarstruktur bedenkliche Entwicklungen beim Bodeneigentum müssen angegangen und möglichst gestoppt werden.** Trends zu Großinvestoren, fehlender regionaler Verankerung der Landnutzer und steigenden Bodenpreisen sind insoweit Stichworte. Eine Bodenpreisbremse hätte vom Land Sachsen längst eingeführt werden können, die wünschenswerte Agrarstruktur hätte definiert werden müssen, ein Bodenfonds zur Unterstützung von Junglandwirten hätte installiert werden können. Das muss nun unverzüglich nachgeholt werden.
9. **Billigfleischproduktion muss mit Auflagen versehen werden, um Anwohner*innen, Umwelt und Verbraucher*innen zu schützen.** So gibt es in Niedersachsen die Auflage für Investoren, bei Stallneubauten Keimgutachten zu erstellen, um Antibiotikaresistenzen entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist eine weitgehende Verringerung des Antibiotika- und Medikamenteneinsatzes in der Tierhaltung sowie ein entsprechendes Monitoring geboten, die durch strengere Grenzwerte sowie stärkere Kontroll- und Sanktionsmechanismen angeregt werden sollte.
10. **Wir verlangen die konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie,** die schon bis Ende 2015 durchgängig ökologisch gute Zustände bzw. Potenziale forderte, was nur ein sehr kleiner Teil sächsischer Gewässer bisher schafft. Eine konsequente Wasserrechts-Anwendung beschleunigt den Ausstieg aus Pestiziden und übermäßiger Düngung und könnte etwa in Form von breiten Gewässerrandstreifen der Natur wieder mehr Raum geben.
11. **Nötig ist eine konsequente und unverzügliche Ausrichtung der Verwaltung, der Ministerien und der Staatsunternehmen auf eine Vorbildrolle in Ernährungsfragen,** etwa weniger tierische Nahrungsmittel und ein schrittweiser Übergang zu 100 % Bioprodukten in der Kantine, ein entsprechendes Catering öffentlicher Veranstaltungen und eine Ausrichtung auf eine geringere Wegwerfrate beispielsweise durch gewichtsabhängig bepreiste Essensportionen anstelle von Einheitstellern.
12. **Wir treten ein gegen die bloße Verlagerung der Probleme in andere Länder und Naturräume.** Bisher schädigt das Konsumverhalten der Industriestaaten die Natur massiv auch außerhalb unserer Landesgrenzen. Riesige Mengen importierter Futtermittel, Lebensmittel wie Palmöl und durch unsere Holznachfrage zerstörte boreale Wälder und Regenwälder sind dafür Beispiele. Auch importierte Lebensmittel und andere Produkte müssen deshalb Beschränkungen unterworfen werden und einen Preis haben, der die ökologische Wahrheit sagt. Sachsen muss sich für entsprechende EU- und Bundesregelungen einsetzen.

Begründung:

Die ökologische Dramatik erfordert rasches und entschlossenes Handeln. Es reicht beispielsweise nicht, allein die Ställe zu verkleinern oder sie global gleichmäßiger zu verteilen (wie es die Kritik an der Massentierhaltung teils nahelegt). Es muss global gesehen weniger Tierisches gegessen werden. Und bei wachsender Weltbevölkerung und wachsendem Konsum tierischer Nahrungsmittel in den Schwellenländern muss die Reduktion in den Industriestaaten umso drastischer ausfallen. Unter Gesichtspunkten der Welternährung und der Nährstoffversorgung der Pflanzen durch tierischen Dung ist zwar sowohl Weidewirtschaft als auch in deutlich reduziertem Umfang Nutztierhaltung auch in einer

zukünftigen Landwirtschaft nötig und möglich. Jedoch muss die Gesamtentwicklung hin zu einem deutlich geringeren Konsum tierischer Nahrungsmittel laufen.

Dass der BUND nicht bereit ist, Emissionen erst einmal hinzunehmen und diese sodann der Luft wieder zu entziehen, ist bereits jetzt im Verband Konsens. Folglich sind Nullemissionen nur erreichbar, indem auch die Landwirtschaft weitestgehend dekarbonisiert wird. Unvermeidliche Restemissionen, die selbst bei einer weitgehend pflanzlichen Diät verblieben, müssten über für den BUND (noch) vertretbare negative Emissionstechnologien wie – nicht monokulturelle – Aufforstungen und Renaturierung von Mooren erbracht werden.

Zu berücksichtigen ist auch, dass selbst bei gegenüber heutigen Standards deutlich verbesserten Haltungsbedingungen die Tierhaltung (zumal in einem Land ohne ganzjährige Weidewirtschaft) in zentralen Punkten nie wirklich „artgerecht“ sein wird, wenn man darunter natürliche Bewegungsmöglichkeiten, ein Zusammensein von Mutter- und Babytieren u.a.m. verstehen würde. Der größte Teil der größeren Tiere, die heute die Erde bevölkern, wird ausschließlich gehalten, um anschließend selbst – oder ihre Produkte – von Menschen gegessen zu werden, nach einem kurzen und für sie in der Regel nicht erfreulichen Leben. Diese Probleme lassen sich nicht auf die Massentierhaltung – was immer man damit genau bezeichnet – reduzieren. Bei alledem muss klar sein, dass wirklich weitgehend tiergerechte Haltung zu um ein Vielfaches erhöhten Preisen tierischer Produkte führen würde (zusätzlich zu weiteren preiserhöhenden Faktoren wie höheren Preisen für Mineraldünger), weil dann eben Praktiken wie die Tötung männlicher Küken, die Trennung von Mutter- und Nachwuchstieren, enge Gehege u.a.m. auf den Prüfstand gehören würden.

Mit einer reduzierten Produktion tierischer Nahrungsmittel verbindet sich keine wie auch immer gartete Bevormundung der Menschen bei der Ernährung. Der Begriff Bevormundung passt hier nicht – denn hier geht es nicht darum, jemanden vor sich selbst zu schützen, sondern darum, alle Menschen vor den schädlichen Folgen bestimmter Handlungen zu schützen. Ein geringerer Konsum tierischer Nahrungsmittel ist im Vergleich zum heutigen deutschen Standard auch nicht ungesund, sondern kann sogar gesundheitliche Vorteile haben.

Natürlich muss auch bei pflanzlicher Ernährung immer eine optimale Ökobilanz avisiert werden, insbesondere eine saisonale und regionale Ausrichtung. Dennoch bilden tierische Nahrungsmittel den zentralen Anknüpfungspunkt. Exemplarisch gesprochen: Das Soja, das direkt konsumiert wird, erzeugt im Durchschnitt geringere Probleme, als wenn erst unter hohen Umwandlungsverlusten mit dem Soja Tiere gefüttert und sodann gegessen werden. Das bleibt richtig, auch wenn es bei verschiedenen Fleischarten, Haltungs- und Fütterungsformen deutliche Unterschiede in der Ökobilanz gibt.

Antragsteller

Eingang: 15.02.2018

Landesvorstand (unterstützt vom LAK Landwirtschaft)